

Bundesministerium für Verkehr,  
Innovation und Technologie  
Radetzkystraße 2  
1031 Wien

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom  
BMVIT-210.830/0001-  
IV/SCH1/2010

Unser Zeichen, BearbeiterIn  
TÜ/as/48075

Klappe (DW)  
39204

Fax (DW)  
100265

Datum  
16.11.2010

### **Bundesgesetz mit dem das Schieneninfrastruktur- finanzierungsgesetz geändert wird**

Der Österreichische Gewerkschaftsbund dankt für die Übermittlung des oben angeführten Gesetzesentwurfes und erlaubt sich, dazu wie folgt Stellung zu nehmen:

Im ÖBB-Infrastrukturbereich sollen im Zeitraum 2011 bis 2014 rund 400 Mio. € eingespart werden. Angesichts umstrittener Großprojekte sind im Infrastruktur-Neubau zweifellos Variationsmöglichkeiten vorhanden. Die Umschichtung der Mittel hin zum Erhalt und der Attraktivierung (z.B. Erhöhung der Fahrgeschwindigkeit von Regionalbahnen) des Bestandnetzes bietet sich als ein wesentliches Gestaltungsinstrument dazu an und ist aus Sicht der Schaffung von Arbeitsplätzen, der Verbesserung des Modal Splits und der Entwicklung des ländlichen Raumes eindeutig positiv zu beurteilen.

Die Zahlungen für Gemeinwirtschaftliche Leistungen sollen 2011 leicht ansteigen, 2012 und 2013 stagnieren und dann 2014 um 10,1 Mio. € drastisch zurückgehen. Stattdessen präferiert der Österreichische Gewerkschaftsbund eine signifikante Erhöhung der Gemeinwirtschaftlichen Leistung (sowohl bei ÖBB-Personenverkehr, als auch bei der RCA), sowie eine Kapitalaufstockung der ÖBB.

Bei den Verkehrsverbänden innerhalb der nächsten vier Jahre 26,6 Mio. € einzusparen, bedeutet Kürzungen der Mittel um fast ein Drittel. Der Ausfall kann nur durch eine entsprechende Verminderung des Angebots bzw. der Verkehrsleistung oder eine entsprechende Tarifierhöhung wettgemacht werden.

Die Reduzierung der Anschlussbahnförderung in den Jahren 2013 und 2014 um 22,5 Mio. € steht diametral zu den politischen Anstrengungen und Willensbekundungen, den Güterverkehr verstärkt auf die Schiene zu verlagern.

Die Einsparungen von 3,5 Mio. € (2011-2014) bei den Privatbahnen sind für ein Bundesbudget ein recht kleiner Posten, können aber im Verkehrssystem sehr schmerzen. Der Österreichische Gewerkschaftsbund regt an hier eine Kosten-Nutzen-Analyse durchzuführen.



Erich Foglar  
Präsident



Mag. Bernhard Achitz  
Leitender Sekretär